

An den Präsidenten
der Wirtschaftskammer Burgenland
Andreas Wirth
Robert-Graf-Platz 1
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 17. Oktober 2024

**ANTRAG an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Burgenland am 13. November 2024**

**Bürokratieabbau und „Vorfahrt für KMU“ sowie Schaffen von Planbarkeit und
Chancengleichheit**

Als Interessenvertretung der burgenländischen Handelsunternehmen sind wir den Mitgliedsbetrieben verpflichtet, ihrer Stimme auf regionaler und nationaler sowie EU-Ebene in den politischen Entscheidungsprozessen Gehör zu verschaffen.

Wir stehen aktuell vor der Erarbeitung eines neuen Regierungsprogrammes und nehmen diese Gelegenheit zum Anlass, auf zwei zentrale Themen einzugehen.

Bürokratieabbau und Vorfahrt für KMU

Wir unterstützen einen „NEUEN europäischen Deal für Wettbewerbsfähigkeit“, der auf beschleunigte Entbürokratisierung, praktische Umsetzbarkeit und den Bedarf der europäischen KMUs ausgerichtet ist. Dies bedeutet insbesondere den Abbau überbordender Regulierungen bzw. eine möglichst realitätsnahe und unternehmensfreundliche Umgestaltung von z.B. EU-Lieferkettenrichtlinie, EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung etc. Alles Bestandteile des „European Green Deal“ dessen Umsetzung eigentlich erfolgen sollte, ohne den europäischen und damit auch österreichischen Unternehmen zusätzliche Aufgaben aufzubürden bzw. deren Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. In der unternehmerischen Praxis herrscht aber das genaue Gegenteil vor: der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich und die undurchschaubare Komplexität der neuen EU-Regulierungen gehören zu den TOP-Herausforderungen der österreichischen und damit auch burgenländischen Unternehmen.

Auch auf nationaler Ebene brauchen wir zur Stärkung der KMUs eine Vereinfachung der Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren, Abschaffung mehrfacher, identischer Meldepflichten z. B. bei Erstellung diverser Statistiken und Vereinfachung sowie Standardangleichung bei Zollabwicklung und bei den zahlreichen Compliance-Vorschriften.

1/2

Schaffen von Planbarkeit und Chancengleichheit

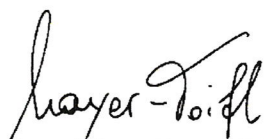
Für die Unternehmen ist Planbarkeit unabdingbar. Daher müssen zu wenig durchdachte und übereilte Umsetzungsbestimmungen von Gesetzesentwürfen und -änderungen vermieden werden. Bei jeder Initiative mit Bezug zum Handel muss es vorab einen Prozess zur Folgenabschätzung geben.

Um effektiv planen zu können, bedarf es auch der Chancengleichheit, insbesondere bei der Einhaltung geltender EU-Vorschriften. Vor allem im Hinblick auf den boomenden direkten Onlinehandel aus China (wie z.B. Temu, Shein) muss die Einhaltung der EU-Vorschriften und der Zollregelungen tatsächlich kontrolliert werden. Sonst ist ein Großteil der europäischen und damit auch heimischen Handelsunternehmen dem unfairen Wettbewerb hilflos ausgeliefert.

In dieser Zeit historischer Weltmarktverschiebungen sollte Österreich die Rolle des EU-Spitzenreiters bei der Steuer- und Abgabenquote überdenken und stattdessen die Rolle eines der Top-Wettbewerber unter den EU-27 einnehmen. Eine wesentliche Maßnahme für eine steuerliche Entlastung wäre die bereits vielfach geforderte Senkung der Lohnnebenkosten.

Es wird daher folgender Antrag gestellt:

Das Wirtschaftsparlament möge beschließen, dass die Wirtschaftskammer Burgenland an die Wirtschaftskammer Österreich herantritt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Burgenland bzw. Österreich, der dringende Bürokratieabbau und die Schaffung von Planbarkeit und Chancengleichheit anhand der vorgeschlagenen Maßnahmen gewährleistet wird.



Spartenobfrau KommR Bettina Mayer-Toifl
Delegierte zum Wirtschaftsparlament

